

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Bundesregierung verschärft die Verfolgung

24 Jahre PKK-Betätigungsverbot in Deutschland

Am 26. November 1993 trat das vom damaligen Bundesinnenminister Manfred Kanther verfügte Vereins- und Betätigungsverbot für die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) sowie angebliche Tochter- und mögliche Nachfolgeorganisationen in Deutschland in Kraft. Auf dieser Grundlage fanden in den letzten 24 Jahren zehntausende von Strafverfahren statt, wurden Grundrechte der in Deutschland lebenden Kurdinnen und Kurden außer Kraft gesetzt, Demonstrationen und Kundgebungen verboten. Politisches Engagement ohne jede strafrechtlichen Verstöße ist vielen Kurdinnen und Kurden ohne deutschen Pass unter Maßgaben des Ausländerrechts zum Verhängnis geworden. Einbürgerungen wurden verweigert, der Asylstatus wieder aberkannt und Menschen per Ausweisungsverfügung die Aufenthaltserlaubnis und damit jeden Status auf eine gesicherte Lebensgrundlage in Deutschland entzogen. Kurdische Einrichtungen und Vereine waren flächendeckend der Bespitzelung durch Polizei und Geheimdienste ausgesetzt.

Kurdische politische Gefangene

Schon seit Ende der 1980er Jahre wurden Dutzende kurdischer Aktivisten auch mittels der umstrittenen Paragraphen §129 und §129a Strafgesetzbuch (StGB) als Mitglieder in einer inländischen kriminellen oder terroristischen Vereinigung angeklagt und zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Als mangels Tatbeständen die Anklagen zurückgingen, kam 2010 der Bundesgerichtshof der Regierung zur Hilfe und legte nahe, kurdische Aktivistinnen und Aktivisten auch nach dem im Jahre 2002 eingeführten §129b als Mitglieder einer ausländischen terroristischen Vereinigung zu verfolgen. Aufgrund dieses Paragraphen erfolgten bislang 20 Verurteilungen. Derzeit befinden sich 9 Aktivisten auf der Grundlage des §129b in Untersuchungs- oder Strafhaft.

BMI kündigt friedlichen Kontext auf

Als Anfang der 1990er Jahre die Auseinandersetzungen bei kurdischen Demonstrationen eskal-

tierten, kamen Politik und Sicherheitsbehörden zu der Einsicht, dass allein mit Repression der politische Wille von ca. 800.000 Kurdinnen und Kurden nicht zu unterdrücken ist. Parallel zur weiteren strafrechtlichen Verfolgung gab es – in den verschiedenen Bundesländern unterschiedlich gehandhabt – einen informellen modus vivendi, der den Kurd*innen die Möglichkeit gab, ihrer politischen Identität ohne Störung durch die Polizei Ausdruck zu geben, etwa bei dem inzwischen seit 25 Jahren alljährlich insbesondere in NRW stattfindenden kurdischen Friedens- und Kulturfestival.

Dieser informelle Konsens wurde mit einem Rundschreiben des Bundesinnenministeriums (BMI) vom 2. März dieses Jahres ohne weitere Erklärung aufgekündigt. In dem fünfseitigen Papier werden die Sicherheitsbehörden der Länder angewiesen, insbesondere das Zeigen des Bildnisses von Abdullah Öcalan zu unterbinden, da dieser stellvertretend für die PKK stünde. In einer beigefügten Liste mit nunmehr insgesamt 33 verbotenen Symbolen waren erstmalig auch die syrischen Organisationen YPG/YPJ und PYD als ausländische „PKK-Ableger“ gelistet.

Türkei-Politik auf Kosten der Kurd*innen

Seitdem leisten sich die Sicherheits- und Versammlungsbehörden einen Wettlauf darum, kurdische Versammlungen und politische Aktivitäten zu torpedieren, stets angefeuert von der türkischen Regierung, der das natürlich alles noch nicht ausreicht. Bei der zentralen Newrozfeier in Frankfurt/Main Ende März beschränkte sich die Polizei noch auf das Dokumentieren angeblicher Straftaten durch das Zeigen Hunderter Öcalan-Fahnen, woraufhin die Türkei umgehend aus Protest den deutschen Botschafter einbestellte. Bei dem im September in Köln durchgeführten kurdischen Kulturfestival erließ die Versammlungsbehörde die schikanöse Auflage, weder Essen noch Getränke zu zuzulassen. Öcalan-Fahnen und ein großes Porträt von ihm auf der Bühne tolerierte die Kölner Poli-

zei. Dies rief wiederum die türkische Regierung und das Bundesinnenministerium auf den Plan mit dem Hinweis, Abbildungen von Öcalan seien in jeder Form untersagt. Bei einer Demonstration für die Freiheit von Abdullah Öcalan am 4. November in Düsseldorf wurde dann jede Zurückhaltung aufgegeben, die Demonstration aufgrund der Öcalan-Fahnen eingekesselt, Teilnehmer*innen mit Pfefferspray attackiert und die Versammlung aufgelöst. Am gleichen Tag trafen sich der deutsche Bundesaußenminister Sigmar Gabriel (SPD) mit seinem türkischen Kollegen Mevlüt Çavuşoğlu in Antalya, um über eine Verbesserung der deutsch-türkischen Beziehungen zu verhandeln. Das Verbot von PYD- und YPG-Fahnen gehört mittlerweile zu den Standardauflagen bei kurdischen Demonstrationen und wird rigoros umgesetzt.

Repression wegen politischer Hilflosigkeit

Was treibt die deutsche Politik zu einer Ausweitung des PKK-Verbots zu einem Zeitpunkt, an dem die deutsch-türkischen Beziehungen nicht zuletzt durch die Inhaftierung deutscher Journalist*innen nach offiziellen Angaben einen Tiefpunkt erreicht haben? Ein Aspekt ist sicherlich, der Türkei in einem Punkt entgegen zu kommen, der sich mit den Interessen der Bundesregierung deckt. Die Entwicklung in Syrien, vor allem nach der Befreiung von Rakka, wird von der deutschen Regierung mit Argwohn verfolgt. Durch das de facto-Bündnis mit den USA und die bestehenden politischen Kontakte zu Russland besteht erstmalig die Möglichkeit, dass die kurdische Befreiungsbewegung – vertreten durch die PYD – zum international anerkannten politischen Akteur wird. Die deutsche Bundesregierung hatte bislang militärisch und ökonomisch allein auf den Präsidenten der kurdischen Autonomieregion Nordiraks, Barzanî und den mit diesem eng verbundenen türkischen Regenten Recep Tayyip Erdoğan gesetzt. Durch das misslungene Referendum Ende September ist nun Südkurdistan selbst zum Krisenherd geworden

Meldungen:

Besuchsantrag von 250 AnwältInnen für Öcalan abgelehnt

250 Anwältinnen und Anwälte aus verschiedenen Städten, darunter Istanbul, Ankara, Izmir, Mersin, Muğla, Hakkari und Mardin hatten über das Asrin Rechtsbüro bei der Staatsanwaltschaft Bursa einen Massenantrag für ein Treffen mit Abdullah Öcalan auf der Gefängnisinsel Imralı gestellt. Auch dieser 707. Besuchsantrag wurde nun abgelehnt. Der letzte Anwaltsbesuch fand am 27. Juli 2011 statt.

(ANF, 23.11., ISKU)

Irak: Letzter größerer IS-Rückzugsort erobert

Irakische Regierungstruppen haben eigenen Angaben zufolge den letzten größeren Rückzugsort der Terrormiliz »Islamischer Staat« (IS) in dem Land erobert. »Die irakischen Kräfte haben die Stadtviertel von Rawa komplett befreit«, teilte der Leiter der Offensive auf die westirakische Stadt am Euphrat, Generalleutnant Abd Al-Amir Raschid Jaralah, am Freitag mit. Die irakische Armee hatte vor knapp einer Woche mit dem Sturm auf die Stadt begonnen. Der US-geführten »Anti-IS-Koalition« zufolge hat der IS mittlerweile rund 96 Prozent seines früheren Herrschaftsgebietes in Syrien und im Irak verloren.

(jW, 18.11., ISKU)

Türkische Luftwaffe tötet Zivilisten

Nach Meldungen des Pressezen-trums der Volksverteidigungskräfte HPG fliegt die türkische Luftwaffe vermehrt Angriffe gegen die Medya-Verteidigungs-gebieten in Südkurdistan. Am vergangenen Sonntagabend (12.11.) in der Zeit von 20:30 bis 23:30 Uhr waren Ortschaften in den Gebiete Zap, Xakurkê, Heftanin und Qendil betroffen.

Am darauffolgenden Montagabend flog die türkische Luftwaffe Angriffe auf Gebiete in Başûr/Südkurdistan. Bei der Stadt Diyana in der Nähe des Dorfes Bermêzê kam Imdat Osman ums Leben, als gegen 19:00 Uhr die türkische Luftwaffe die Region bombardierte. Imdat Osman kam in einem Privatfahrzeug ums Leben.

(ANF, 13.11., ISKU)

Wegen YPG-Fahnen: Hausdurchsuchung in München, Rüge im Bundestag

Bewaffnete Beamte der bayerischen Polizei durchsuchten in

Im Einsatz für die Binnenflüchtlinge des Nordirak

Im Dorf Waranî, das an der Landstraße zwischen Xurmatu, Kifri und Kelar liegt, haben Ärzte ehrenamtlich einen Gesundheitsposten aufgebaut. Allerdings benötigen sie dringend Unterstützung. Deshalb rufen sie Ärzte und Hilfsorganisationen dazu auf, sie bei ihren Bemühungen um die Flüchtlinge zu unterstützen.

Ärzte haben im Dorf Waranî ehrenamtlich einen Gesundheitsposten errichtet. Das Dorf Waranî liegt gut erreichbar an der Straße zu den Städten Kelar, Xurmatu und Kifri. Flüchtlinge aus Orten wie Xurmatu, Kerkûk und Dakuk können hier medizinische Hilfe erhalten.

Als am 16. Oktober dieses Jahres die irakische Armee gemeinsam mit den ihr angebotenen Heşdî-Şabi-Milizen die Orte Xurmatu, Dakuk sowie Kerkûk und deren Umgebung angriffen und unter ihre Kontrolle brachten, befürchteten die dort beheimateten Kurden Pogrome, viel flüchteten. Allein aus Kerkûk sollen noch am gleichen Tag 150.000 Kurden geflohen sein. Viele Kurden aus Kerkûk sind nach Çemçemal, Silêmanî oder Hewlêr geflüchtet, während die Kurden aus Xurmatu, Dakuk und Umgebung zumeist in den Dörfer und Landkreisen von Kelar, Kifri und Germiyan Schutz gesucht haben. Die Bewegung für eine Demokratische und Freie Gesellschaft Kurdistan begann sich schon früh mit der Frage zu befassen, wie

sich die gesundheitliche Versorgung der Flüchtlinge verbessern ließe. Medya, die aus Deutschland stammt und Mitglied des Komitees der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan KCK für Gesundheit ist, gehört zu jenen, die sich für sie engagieren. Gemeinsam mit freiwilligen Ärzten aus Germiyan wurde im Dorf Waranî ein Container aufgestellt, der den Freiwilligen als Praxis und den Flüchtlingen als Anlaufstelle dient. Seit etwa einem Monat werden hier täglich an die 100 Flüchtlinge medizinisch betreut. Behandlung und Medikamente sind für die Flüchtlinge, denen nichts als ihr Leben blieb, kostenlos.

Dr. Azad Germiyani, der selbst seit 20 Jahren in der Region als Arzt unterwegs ist und einer der Freiwilligen ist, wirkte federführend bei dem Aufbau des Gesundheitspostens mit. Er beklagt die Haltung der (kurdischen) Regionalverwaltung und berichtet: „Wir haben uns mehrmals an die (kurdische) Regionalverwaltung gewandt. Leider haben wir bis heute kaum Unterstützung von ihnen erfahren. Sie sagten uns Hilfe zu. Stellten uns Ärzte, Medikamente und ähnliches in Aussicht. Doch bis heute haben wir nichts davon erhalten. Bisher haben wir allerdings viel Unterstützung vom Gesundheitsamt in Kelar erhalten. Es hat uns nun darüber informiert, dass es deswegen in den letzten Tagen zunehmend unter Druck gesetzt wurde.“ Dr.

Azad Germiyani berichtet weiter: „Die Regionalregierung hat mit einigen Ärzten Kontakt aufgenommen, ihnen auch ein Honorar in Aussicht gestellt. Einige dieser Ärzte verlangen für einen 20-tägigen Einsatz jedoch 2.000 Dollar und erklärten, dass sie darunter nicht tätig werden würden. Die Regionalregierung bot ihnen 1.000 Dollar an, woraufhin sie dann auch nicht kamen.“

Seit Eröffnung des Gesundheitspostens in Waranî sind Dr. Tank Germiyani und Dr. Rabia Germiyani hier ehrenamtlich tätig und bemühen sich, die Not der Flüchtlinge zu lindern. Aber Dr. Germiyani ist auch Realist. Er erklärt: „Es macht den Eindruck als ob eine frühe Rückkehr der Flüchtlinge nicht zu erwarten ist. Deshalb müssen und werden wir die Hilfe für die Flüchtlinge fortsetzen. Wir können diese Arbeit bis zu einem gewissen Maß leisten aber auf Dauer werden wir Hilfe benötigen. Wir rufen Apotheken, Ärzte und im Gesundheitsbereich Tätige international wie aus allen Teilen Kurdistan dazu auf, uns mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.“

Wer für Medikamente spenden möchte, kann das über die Kurdistan Hilfe e.V. tun.

Kurdistan Hilfe e.V.
Hamburger Sparkasse
IBAN: DE40 2005 0550 1049 2227 04
Stichwort: KH Q

(ANF 6.11., ISKU)

den frühen Morgenstunden des 13. November die Münchner Wohnung des Kommunikationswissenschaftlers Kerem Schamberger und beschlagnahmten sein Notebook, sein Handy und USB-Sticks. Grund der Razzia waren auf Facebook gepostete Bilder mit Fahnen der syrisch-kurdischen Partei PYD sowie der Volks- und Frauenbefreiungseinheiten YPG/YPJ. Es handele sich um »in Deutschland verbotene Symbole von Unterorganisationen« der PKK, heißt es im Durchsuchungsbeschluss über diese von den USA im Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) militärisch unterstützten Verbände. Demgegenüber hatte die Bundesregierung im Frühjahr auf eine Anfrage der Linksfraktion klargestellt, dass die syrisch-kurdischen Organisationen in Deutschland nicht verboten sind und ihre Symbole nur dann unter das PKK-Verbot fallen, wenn sie als Ersatz für PKK-Symbole verwendet werden. Die stellvertretende Linke-Fraktionschefin Sevim Dagdelen fing sich in der Debatte um die Aufklärungsflüge von »Tornado«-Kampfflugzeugen, die der Bekämpfung des IS dienen sollen, sogleich eine Rüge vom neuen Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble (CDU) ein. Dagdelen hatte den Ausdruck einer Flagge der kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) gezeichnet und gesagt: »Gerade absurd und politisch an Zynismus kaum noch zu überbieten ist, dass die Bundeswehr in ein Kriegsabenteuer gegen den IS geschickt wird und gleichzeitig hier in Deutschland die Fahnen derjenigen verboten werden, die sich dem IS seit Jahren mutig entgegenstellen.« Das Verbot der Kurden-Symbole sei »schändlich«, damit mache sich die Bundesregierung zum »Büttel« des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan. Mit Außenminister Sigmar Gabriel lieferte sich die Linke-Abgeordnete anschließend einen Schlagabtausch. (jW 14.12.17.)

Quellen:

ANF Firat
Nachrichtenagentur
CA Civaka Azad
jW junge Welt

Schweres Erdbeben in Ost- und Südkurdisten mit mehr als 300 Toten

Am vergangenen Sonntagabend um 21:18 Uhr wurde die Provinz Silêmanî in Südkurdisten und die Provinz Kirmanşan in Ostkurdisten von einem schweren Erdbeben der Stärke 7,3 erschüttert. Laut Berichten aus der Region haben 328 Menschen ihr Leben verloren, über

2500 Verletzte wurden bisher gezählt.

Aus vielen Dörfern liegen noch keine Informationen über das Ausmaß der Zerstörung und die Anzahl der Opfer vor. Hunderttausende haben aus Angst vor Nachbeben die letzte Nacht draußen verbracht.

Spenden für die Opfer des Erdbebens bitte an:

Kurdischer Rote Halbmond (Heyva Sor a Kurdistanê)
Kreissparkasse Köln,
IBAN: DE 49 370 502 99 000 40 10 481,
BIC/SWIFT: COKSDE33XXX
(ANF 13.11., ISKU)

→ 24 Jahre PKK-Betätigungsverbot...

mit ungewissem Ausgang. Die verstärkte innenpolitische Repression gegen die kurdische Befreiungsbewegung ist hier auch als Ausdruck der Hilflosigkeit der Regierung gegenüber den außenpolitischen Entwicklungen im Mittleren Osten zu deuten.

Was tun?

Zum einen lohnt es sich, den juristischen Weg zu gehen. So haben die Veranstalter gegen die Auflage, die Symbole von PYD und YPG auf einer Demonstration

zum Welt-Kobanê-Tag 2016 in Frankfurt/M. nicht zu zeigen, vor dem Verwaltungsgericht Frankfurt/M. erfolgreich geklagt, so dass dort der diesjährige Kobanê-Tag möglich war. Klagen in anderen Städten laufen derzeit.

Zum anderen stößt die Revolution in Rojava nach wie vor auf große Sympathien. Das zeigte sich nicht zuletzt bei der Abschlusskundgebung gegen den G20-Gipfel in Hamburg, bei der Tausende die Fahnen der YPG demonstrativ mit sich tru-

gen. Eine effektive Gegenöffentlichkeit, die die Absurdität der aktuellen deutschen Politik – vor allem auch gegenüber der Person von Abdullah Öcalan – entlarvt, ist nötig. Ebenso bedarf es mehr Solidarität mit den kurdischen politischen Gefangenen in Deutschland: Sie befinden sich symbolisch für die ganze Bewegung im Gefängnis.

AZADÎ e.V., Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland, Köln
23. November 2017

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der ISKU

Spaldingstr. 130-136

20097 Hamburg

Tel.: 040 - 421 02 845

E-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:

IBAN: DE42370100500003968506

BIC: PBNKDEFF (Postbank Köln)

Weitere Informationen findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org